

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klimaanpassungsgesetz umsetzen: Hitzeinseln effektiv und ressourcenschonend bekämpfen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das BäumePlusGesetz rechtzeitig und nachhaltig zur Bekämpfung urbaner Hitzeinseln anzuwenden. Dabei ist im Sinne der Wirtschaftlichkeit und der schnellstmöglichen Wirksamkeit der Fokus vorrangig auf die im Gesetz verankerten organisatorischen, rechtlichen und pflegerischen Maßnahmen zu legen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Juni 2026 ein Maßnahmenplan vorzulegen, der insbesondere folgende Punkte enthält:

1. Konsequente Anwendung der verschärften Fällverbote des BäumePlusGesetzes in identifizierten Hitze-Hotspots. Der Erhalt von großkronigen Altbäumen ist als effizienteste und ressourcenschonendste Maßnahme zur sofortigen Hitzeminderung behördlich durchzusetzen. Ausnahmegenehmigungen für Fällungen in diesen Zonen sind auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.
2. Nutzung der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten zur Anpassung von Pflegeintervallen und Bewässerungskonzepten, ohne bauliche Großmaßnahmen zu erfordern. Dies beinhaltet die Ausweitung der digitalen Erfassung von Trockenstress bei Bestandsbäumen, um Gießressourcen gezielt dort einzusetzen, wo der Kühlungseffekt am gefährdetsten ist.
3. Niederschwellige Umsetzung der im Gesetz verankerten Partizipationsmöglichkeiten, wie etwa die vereinfachte Vergabe von Gießpatenschaften und die unbürokratische Genehmigung von Baumscheibenbegrünungen durch Anwohner*innen zur Verbesserung der Bodenfunktion und Verdunstungskühle.

4. Sofortige Anwendung der planungsrechtlichen Instrumente des BäumePlusGesetzes, um bestehende Grünflächen in Hitzeinseln vor Nachverdichtung zu schützen, sofern dies keine massiven investiven Mittel bindet, sondern durch Verwaltungshandeln (z. B. Aufstellung von Bebauungsplänen mit Grünfestsetzungen) erreicht werden kann.
5. Einrichtung einer ämterübergreifenden Koordinierungsstelle (Task Force „Stadtgrün und Hitze“), wie im Gesetz angedeutet, um bestehende Ressourcen der Grünflächenämter effizienter zu bündeln und Synergien zwischen Straßenbau- und Grünflächenverwaltung zu nutzen.
6. Jährliche Berichte über den Fortschritt der Umsetzung und die messbare Reduktion der Hitzebelastung in den Fokusgebieten, jeweils zum 31. Juni.

Begründung

Berlin steht vor der großen Herausforderung, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Die Sommer werden heißer und insbesondere in den dicht bebauten Innenstadtquartieren entstehen sogenannte Hitzeinseln, die die Gesundheit der Berliner*innen massiv gefährden.

Mit dem BäumePlusGesetz wurde ein Instrument geschaffen, den urbanen Baumbestand zu schützen und zu mehrten. Während bauliche Maßnahmen (wie Entsiegelung oder Neupflanzungen) oft zeitintensiv sind und finanzielle sowie materielle Ressourcen binden, bietet das Gesetz auch einen Katalog an Maßnahmen, die sofort und kosteneffizient wirken.

Ein ausgewachsener Laubbaum hat eine Kühlleistung, die der von zehn Klimaanlage entspricht. Einen solchen Baum zu erhalten (Bestandsschutz), ist um ein Vielfaches ressourceneffizienter, als einen jungen Baum zu pflanzen und jahrzehntelang zu pflegen, bis er denselben Effekt erzielt. In Zeiten angespannter Haushaltslagen ist es daher Gebot der Stunde, die im BäumePlusGesetz vorgesehenen „Low-Hanging-Fruits“ zu ernten:

- Bessere Koordination kostet kein Beton, sondern nur Willen.
- Strengerer Schutz von Altbäumen kostet kein Geld, sondern nur konsequenten Vollzug.
- Einbindung der Zivilgesellschaft kann die Ämter sowie die Identifikation mit dem Stadtgrün stärken.

Dieser Antrag zielt darauf ab, die Lücke zwischen Gesetzesbeschluss und Wirkung auf der Straße zu schließen. Wir können es uns angesichts der klimatischen Kipppunkte nicht leisten, das BäumePlusGesetz zu spät, zu wenig oder unzureichend umzusetzen. Wir müssen die darin enthaltenen Hebel jetzt umlegen – beginnend mit denen, die am wenigsten kosten und am schnellsten wirken. Berlin braucht Schatten, und das BäumePlusGesetz liefert den Bauplan dafür. Es gilt nun, ihn umzusetzen.

Berlin, den 17. Februar 2026

Jarasch Graf Lux
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen